Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 31

Rubrik: Leser des "klaren Blicks" haben eine andere Meinung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Leser des «klaren Blicks» haben

Eine andere Meinung

Anstelle der Untersuchung veröffentlichen wir in dieser Nummer Stimmen von Lesern, die sich kritisch mit KB-Artikeln auseinandersetzen, im Wortlaut, resp. in grossen Auszügen. Stellungnahmen von Lesern, auch wenn sie nur in kleinen Auszügen oder vertretungsweise für mehrere ähnliche Briefe publiziert werden, sind uns immer willkommen.

«Antikolonialismus»

In KB Nr. 29 findet sich eine Bemerkung über die portugiesische Kolonialpolitik (Angola II) die darauf schliessen lässt, dass Sie wenig Sympathie für dieses Land hegen.

Für mich scheint indessen fast sonnenklar, dass der «Antikolonialismus» eines der grössten Zugpferde der Kommunisten bedeutet, und dass eigentlich nur die Vereinigten Staaten restlos auf diese Propaganda-Idee hereinfallen.

Ich finde, dass bei uns nur die «Basler Nachrichten» die Kolonialländer Frankreich, Portugal, Niederlande und Belgien streng objektiv behandelt haben. Die übrige Presse hat an Blödsinn grenzende Artikel gebracht, was man in den Kolonien alles hätte vorkehren sollen. Grad als ob es die Aufgabe dieser kleinen Länder wäre, Negerstaaten aufzupäppeln, Riesengelder zu investieren, um sich alsdann mit Schimpf und Schande von ein paar Lumumbas herauswerfen zu lassen.

Eine Entwicklungshilfe wird *nur dann effektiv,* wenn es gelingt, den Entwicklungsländern den Eigentumsbegriff klar und verständlich zu machen, nur dann werden sich wirkliche Helfer finden, die selbst in diese Länder ziehen und aktiv mithelfen wollen.

Wenn nur Gelder hingeschickt werden, wie es etwa bislang die Amerikaner zu tun pflegen, so wandern diese Gelder in die Hände von schwarzen und weissen Gross-Schiebern, und die Länder, denen man helfen wollte, werden ärmer denn je zuvor. O. V. in Reinach

Tatsächlich bestehen in den portugiesischen Kolonien besondere Verhältnisse, die rechtlich vor allem dadurch charakterisiert werden, dass die Eingeborenen die portugiesische Staatsbürgerschaft besitzen. Aber dieser rechtlichen Gleichstellung fehlen die Bedingungen für eine effektive Auswirkung. Wirtschaftliche und bildungsmässige Benachteiligung, ein völliges Fehlen von gleichen Voraussetzungen, stempelten die Einheimischen zu Dienern der portugiesischen Herrenklasse (wobei nur ein sehr kleiner Prozentsatz der afrikanischen Bevölkerung etwa in Angola auch faktisch ungefähre Gleichstellung geniesst). Mit seiner theoretischen Anerkennung der Rassengleichheit im Rahmen der portugiesischen Staatsbürgerschaft umging Lissabon jede Vorbereitung zu einer späteren staatlichen Souveränität seiner Kolonien, so dass jetzt tatsächlich die Unabhängigkeit dieser Gebiete Anarchie und möglicherweise Abgleiten ins kommunistische Lager mit sich bringen würde. In dieser Beziehung aber (Allmählicher Uebergang zur Eigenverwaltung als Vorstufe zur staatlichen Selbständigkeit) scheint aber Lissabon auch heute noch nichts unternehmen zu wollen und verfolgt auch gemässigte Bestrebungen in dieser Richtung grausam. Afrika aber — und das hat nicht nur das Beispiel der portugiesischen Kolonien gezeigt — verlangt keine theoretische Gleichberechtigung als Uebersee-Europa, sondern Unabhängigkeit innerhalb seines Kontinentes. Es für seine neuen Aufgaben heranzubilden, ist die Aufgabe des Westens (wozu das Beispiel englischer Kolonien weit eher ein Vorbild ist als dasjenige der portugiesischen Gebiete), wenn nicht Afrika ins kommunistische Lager abgleiten soll. Red. KB

«72 000 statt 200»

Lieber «Klarer Blick»!

Gestattest du wohl einem, der nicht zu den 72 000 und auch nicht zu den 200 gehörte, ein offenes Wort zu dem Titel «72 000 statt 200» in deiner Nr. 28? Dann ist es dieses: Diesen Titel hättest du, auch wenn du mit den 72 000 nicht einverstanden bist, niemals verwenden dürfen. Da warst du offenbar — hoffentlich nur vorübergehend — entweder von Eigenliebe getrübt oder durch Scheuklappen allzusehr eingeengt. Du sagst ja doch mit diesem Titel, mit dem du auf die «berühmten» 200 aus der Nazizeit anspielst, nicht mehr und nicht weniger, als dass jene 72 000 samt und sonders potentielle Verräter seien. Oder dieses:

Atombombengegner = «kompromisslose Pazifisten» = Landesverräter;

Atombombenbefürworter = Tapfere = Patrioten.

Wäre die Atomproblematik so einfach, dann wäre ja eigentlich kein besonders klarer Blick nötig, um sie zu erfassen. Darum kann es dir doch wohl mit dieser schrecklichen Simplifikation kaum ernst sein. Sonst darfst du es mir nicht übel nehmen, wenn ich davon überzeugt bin, dass unter jenen 72 000 neben wirklich zweifelhaften Gestalten viele, vielleicht sehr viele gute Patrioten und Soldaten sind, die sich der Gefahr des Kommunismus zwar vollkommen bewusst sind, die aber auch das Atombombenproblem etwas gründlicher und nicht ausschliesslich aus dem Blickwinkel der Kommunistenangst studiert haben. Wie z. B. auch die 18 führenden deutschen Atomphysiker, die im April 1957 der Bundesregierung ein Dokument einreichten (in dem es u. a. hiess):

«1. Taktische Atomwaffen haben die zerstörende Wirkung normaler Atombomben. Als ‚taktisch' bezeichnet man sie, um auszudrücken, dass sie nicht nur gegen menschliche Siedlungen, sondern auch gegen Truppen im Erdkampf eingestzt werden sollen. Jede einzelne taktische Atombombe oder -granate hat eine ähnliche Wirkung wie die erste Atombombe, die Hiroschima zerstört hat. Als ‚klein' bezeichnet man diese Bomben nur im Vergleich zur Wirkung der inzwischen entwickelten ‚strategischen' Bomben, vor allem der Wasserstoffbomben.

2. Für die Entwicklungsmöglichkeit der lebenausrottenden Wirkung der strategischen Atomwaffen ist keine natürliche Grenze bekannt. Heute kann eine taktische Atombombe eine kleinere Stadt zerstören, eine Wasserstoffbombe aber einen Landstrich von der Grösse des Ruhrgebietes zeitweilig unbewohnbar machen. Durch Verbreitung von Radioaktivität könnte man mit Wasserstoffbomben die Bevölkerung der Bundesrepublik wahrscheinlich heute schon ausrotten. Wir kennen keine technische Möglichkeit, grosse Bevölkerungsmengen vor dieser Gefahr sicher zu schützen.

Wir wissen, wie schwer es ist, aus diesen Tatsachen die politischen Konsequenzen zu ziehen. Uns als Nichtpolitikern wird man die Berechtigung dazu abstreiten wollen; unsere Tätigkeit, die der reinen Wissenschaft und ihrer Anwendung gilt und bei der wir viele junge Menschen unserem Gebiet zuführen, belädt uns aber mit einer Verantwortung für die möglichen Folgen dieser Tätigkeit. Deshalb können wir nicht zu allen politischen Fragen schweigen.»

*

Damit, dass du den bundesrätlichen Bericht zur Atomwaffeninitiative als ein staatsmännisches Dokument bezeichnest, das es verdient, im ganzen Lande aufmerksam gelesen und studiert zu werden, gehe ich mit dir völlig einig. Wer dieses Dokument wirklich studiert, wird kaum in Versuchung kommen, die Unterzeichner der Atomwaffeninitiative samt und sonders so vernichtend zu qualifizieren, wie du es mit deiner Ueberschrift getan hast. Damit will ich nun nicht etwa für die Initiative werben: ich halte *diesen* Weg eines schweizerischen Verzichtes auf Atomwaffen nicht für glücklich. Aber ich möchte mich für demokratische Fairness in den kommenden Diskussionen einsetzen und aufs Entschiedenste gegen die Diffamierung protestieren, die du mit deiner Ueberschrift *allen* jenen 72 000 anwirfst. G. W. in Ittigen

Einverstanden. Wir wollen in Zukunft die Initianten etwas vorsichtiger «titulieren». Unsere inhaltliche Stellungnahme zur Frage eines grundsätzlichen Verbots von Atomwaffen bleibt freilich unverändert (Siehe auch Brief in KB Nr. 28). Der Schrecken der nuklearen Vernichtungskraft ist freilich ungeheuer. So ungeheuer, dass wir seiner Drohung wehrlos preisgegeben wären, wenn wir uns nicht bestmöglichst bewaffneten. Das Prinzip der bewaffneten Neutralität verlangt sinngemäss auch die bestmögliche Bewaffnung. Die Meinung, dass ein kleines Land prinzipiell und ein für alle Mal die Atombewaffnung den Grossmächten überlassen müsse, steht ferner im Widerspruch zum Gedanken der Solidarität mit der freien Welt. Die Verteidigung unseres Landes ist heute in diesem Rahmen zu sehen, der nicht mehr zulässt, dass wir die Verpflichtung zur Bewahrung unserer Werte getrost den andern überlassen können. Nun glauben wir auch nicht, dass diese Verpflichtung für uns in erster Linie in der Errichtung eines abschreckenden Waffenpotentials besteht. Aber wir müssen unsere Verantwortung auch in dieser Beziehung erkennen und zum mindesten nicht grundsätzlich leugnen. Das hindert nicht, dass wir uns andern Aufgaben (Entwicklungshilfe, europäischer Einigung, Aufklärung) mit ganzer Kraft widmen sollen. Die «Verteidigung der Freiheit» umfasst viele Verpflichtungen. Wir können uns im vornherein von keiner dispensieren. Red. KB